

Riga-Bikernieki



Foto: Uwe Zucchi



Deutsche und lettische Jugendliche während der Gedenkveranstaltung am 9. Juli 2010 (auch Titelbild). Das Mahnmal auf dem zentralen Gedenkplatz ist von Feldern mit Granitsteinen umgeben. In den Namensschrein sind zur Einweihung 21 Bronzehülsen mit Namenlisten der Opfer eingemauert worden.

„Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es keine Vergangenheit gibt, sondern nur die Erinnerung.
Nur, was ich im Gedächtnis behalte, ist Vergangenheit – alles andere gibt es nicht mehr.“

Andrzej Szczypiorski (*3. Februar 1924 †16. Mai 2000), polnischer Schriftsteller

Den Opfern zum Gedenken – uns und den kommenden Generationen zur Erinnerung

Neben dieser Broschüre hat der Volksbund zum selben Thema eine Wanderausstellung – s. S. 5 – konzipiert. Dazu hat Bundespräsident Joachim Gauck das folgende Geleitwort geschrieben:

Die Bilder dieser Ausstellung führen uns zurück in eine Zeit, von der wir wünschen, es hätte sie nie gegeben. Auf einigen Fotos sehen wir Menschen, die sich wohl gefragt haben, ob sie jemals wiederkehren würden. „Nach unbekannt“ notierten die Einwohnermeldeämter damals, wenn jüdische Familien zwangsdeportiert waren. Eines jener Ziele hieß Riga, im besetzten Lettland begann 1941 die menschenverachtende „Endlösung“. Mehr als 25 000 Männer, Frauen und Kinder wurden aus deutschen Städten dorthin verschleppt, gequält und ermordet. Wer nicht schon auf dem Transport verdurstet, erstickt oder vor Erschöpfung zusammengebrochen war, landete im Ghetto von Riga, im Jungfernhof oder im Konzentrationslager Kaiserwald. Die Toten wurden zu Zehntausenden namenlos in den Wäldern von Rumbula und Bikernieki verscharrt.

Fast wäre die Erinnerung an diese Schicksale für immer erloschen. Bis 1990 wussten nur wenige Überlebende und Angehörige von den Geschehnissen. Und noch weniger sprachen öffentlich darüber.

Umso dankbarer bin ich, dass es dem Riga-Komitee, seinen Unterstützern in Lettland und vielen anderen Ländern nach Ende des Kalten Krieges gelungen ist, die verbliebenen Spuren und Zeugnisse wie ein Mosaik zusammenzutragen und den Verstorbenen ein ehrenvolles Andenken zu widmen. Fanatische Täter haben die Opfer einst syste-

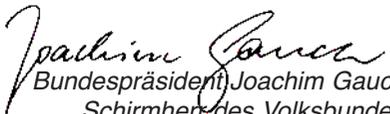


Joachim Gauck
Bundespräsident

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

matisch hingemordet und ihrer Würde beraubt. Europäische Partner tun heute alles dafür Mögliche, ihnen Würde wiederzugeben. Sieben Jahrzehnte nach dem Holocaust finden sich in und um Riga eindrucksvolle Orte des Erinnerns und Grabanlagen, die von Schülern in ihren Ferien gepflegt werden. Es gibt Historiker, die viel Zeit dafür aufbringen, Namenslisten zu schreiben, auch wenn sie wohl niemals vollständig sein werden. Und es gibt Engagierte – dabei denke ich besonders an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge –, die mit Ausstellungen wie dieser immer wieder neuen Anlass, Raum und Zukunft für die Erinnerung schaffen.

Ihnen allen, die sich gegen das Vergessen starkmachen, danke ich und ich hoffe, dass die Betrachter der Bilder von Riga nicht passive Zuschauer bleiben, sondern dass sie mit Sensibilität und Entschlossenheit für Menschen eintreten, deren Würde oder Leben bedroht ist, ja dass sie die Menschlichkeit überall dort bewahren oder verteidigen, wo sie nicht beachtet oder gar missachtet wird.


Bundespräsident Joachim Gauck
Schirmherr des Volksbundes
Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Erinnerung und Begegnung

Die Repräsentanten von 13 deutschen Großstädten und der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge gründeten am 23. Mai 2000 in Berlin das „Deutsche Riga-Komitee“. Damals direkt beteiligt waren Berlin, Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, Leipzig, Münster, Nürnberg, Osnabrück und

Stuttgart. 2001 traten noch Bocholt, Kiel, Lübeck, Wien und Bremen dem Komitee bei. In den folgenden Jahren sind noch viele weitere Städte dazugekommen (siehe Liste Seite 29). Aufgabe dieses Zusammenschlusses ist es, an das Schicksal von über 25 000 deutschen Juden zu erinnern, die in den Jahren 1941/42 nach Riga depor-



Foto: Bundesbildstelle Berlin

Am 23. Mai 2000 empfing der damalige Bundespräsident Johannes Rau, der auch Schirmherr des Volksbundes war, die von den Städten für das Komitee benannten Repräsentanten (v.l.n.r.): Dr. Heinrich Schöll, Wien / Hans-Jürgen Fip, Osnabrück / Günter Apell, Hamburg / Dr. Berthold Tillmann, Münster / Ingo Groß, Kassel / Erich Herzl, Wien / Dr. Wolfgang Ostberg, Stuttgart / Renate Canisius, Köln / Dr. Georg Girardet, Leipzig / Bundespräsident Johannes Rau / Harald Böhlmann, Hannover / Maija Rubina, Riga / Adolf Miksch, Dortmund / Karl-Wilhelm Lange (damals Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.) / Eberhard Diepgen, Berlin / Ludwig Scholz, Nürnberg / Eberhard David, Bielefeld / Heinz Winterwerber, Düsseldorf.

tiert und in ihrer überwiegenden Zahl im Wald von Bikernieki ermordet wurden.

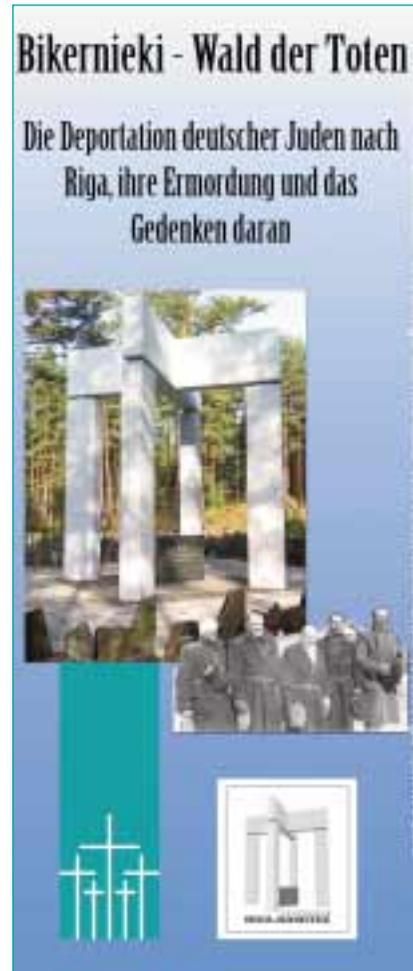
Der Volksbund errichtete in Zusammenarbeit mit seiner lettischen Partnerorganisation, dem Brüderfriedhöfekomitee, und der Stadtverwaltung Riga für die Opfer eine würdige Gräber- und Gedenkstätte. Der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Stadtverwaltung Riga sowie die in Wien bereits noch im vorigen Jahrhundert gegründete „Initiative Riga“ unterstützten das Projekt.

Die Anlage im Wald von Bikernieki wurde am 30. November 2001 eingeweiht, 60 Jahre nach Beginn der Deportationen aus Deutschland.

Mit der Pflege der Anlage durch lettische und deutsche Jugendliche wird ein lebendiges Band der Erinnerung und der Begegnung zwischen Riga und den deutschen Städten geknüpft, von denen damals die Sammeltransporte ausgingen.

Rechtliche Grundlage ist das deutsch-lettische Kriegsgräberabkommen von 1996, in dem sich die Bundesregierung verpflichtet hat, auch den deutschen Opfern der Deportation in Lettland würdige Grabstätten zu schaffen.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der auch mit dieser Aufgabe beauftragt ist, hat in Lettland zudem seit 1991 über 60 Kriegsgräberstätten für deutsche Gefallene und Kriegsgefangene instand gesetzt, zum Teil neu angelegt und in seine Obhut übernommen.



Das PDF der Wanderausstellung kann unter www.riga-komitee.de heruntergeladen oder die Ausstellung zur Ausleihe per E-Mail info@riga-komitee.de angefordert werden.



Foto: Volksbund-Archiv

Zur Geschichte der Deportation jüdischer Bürger nach Riga 1941/1942

Vortrag von Prof. Dr. Wolfgang Scheffler anlässlich der Veranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Luise-Schröder-Saal des Berliner Rathauses am 23. Mai 2000 zur Gründung des Riga-Komitees

Vom November 1941 bis zum Winter 1942 wurden aus dem Gebiet des damaligen Deutschen Reiches in ca. 28 Transporten mehr als 25 000 Juden, Männer, Frauen, Kinder, im Verlauf der nationalsozialistischen „Endlösung der Judenfrage“ – dem Tarnbegriff für den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas – in den baltischen Raum, in erster Linie nach Riga, deportiert. Nur drei bis vier Prozent sollten dieses Inferno überleben. Warum verschleppte man sie ausgerechnet in die lettische Hauptstadt?

Im ersten Halbjahr 1941 schien es, als ob eine Entfernung der deutschen Juden aus dem Reichsgebiet auf die Zeit nach einem siegreichen Ende des Krieges verschoben werden sollte. Erst im September gab Hitler seine Genehmigung für eine zunächst kontingentierte Deportation. Trotz der seit langem anhaltenden Bemühungen Heydrichs, dieses Ziel zu erreichen, waren bis zum September keinerlei Vorbereitungen für eine geographische Lösung getroffen worden. Die Stadtverwaltung von Lodz, damals Litzmannstadt genannt, in deren Zuständigkeit das einzige bis dahin existierende Großghetto auf dem Hoheitsgebiet des Deutschen Reiches fiel, wehrte sich vehement, aber vergeblich dagegen, in das ohnehin überfüllte Ghetto 60 000 deutsche Juden aufzunehmen.

Die Zahl musste auf 20 000 verringert werden. Hinzu kamen allerdings noch Tausende Roma und Sinti.

Himmler und Heydrich waren sich bewusst, dass andere Zielorte gefunden werden mussten. Der besetzte sowjetrussische Raum, in dem ohnehin die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD und die Verbände der Ordnungspolizei ihrem Mordgeschäft bereits nachgingen, rückte damit in den Mittelpunkt der Erörterungen. Nach einigem Hin und Her wurden Minsk und Riga als künftige Deportationsziele für 50 000 Juden aus dem Reichsgebiet ausgewählt. Aber auch hier gab es Schwierigkeiten. Die Deportationen nach Minsk mussten wegen der hereinbrechenden Winterkatastrophe und der sich anbahnenden deutschen Niederlage vor Moskau aufgrund der Proteste der Wehrmacht abgebrochen werden. In Riga waren trotz der Zusicherungen des Führers der Einsatzgruppe A, Dr. Franz Walter Stahlecker, keinerlei Aufnahmemöglichkeiten vorhanden. Daraufhin ordnete der HSSPF (Höhere SS und Polizeiführer) Ostland, Friedrich Jeckeln, die Räumung des erst am 25. Oktober 1941 geschlossenen Rigaer Ghettos an. Am 30. November, dem Rigaer Blutsonntag, und am 8./9. Dezember wurden 26 500 lettische Juden im Wald von Rumbula von SS- und Polizeiangehörigen und lettischen Hilfspolizisten ermordet. Stahlecker ließ in einem heruntergekommenen Gut bei Riga, dem Jungfernhof, von lettischen Juden aus dem Ghetto in den Scheunen und Viehställen eilends enge Pritschen montieren und „verkauft“ das nach Berlin als „Kasernengelände“. Ein von ihm schon lange gewünschtes Polizeiaftlager, das überhaupt noch nicht vorhanden war, wurde ebenfalls als Unterkunft gemeldet.

Diese zu spät eingeleiteten Maßnahmen führten dazu, dass die ersten fünf für Riga bestimmten Transporte nach mehreren zeitlichen Verschiebungen dann nach Kowno geführt wurden. 2 934 Menschen: 1 159 Männer, 1 600 Frauen und 175 Kinder aus Berlin, München und Frankfurt am Main wurden im Fort IX der Stadt Kowno am 25.11.1941 durch Angehörige des Einsatzkommandos 3, der deutschen Ordnungspolizei und litauische Hilfspolizei umgebracht. Am 29.11.1941 traf in Kowno das gleiche Schicksal 2 000 Juden aus Wien und Breslau – 893 Männer, 1 155 Frauen und 152 Kinder. Diese Exekutionen waren die ersten an deutschen Juden verübten Massenerschießungen überhaupt. Auch der erste Transport, der direkt in Riga ankam, geriet am 30. November in die Räumung des Rigaer Ghettos. Ihre Insassen, ca. 730 Berliner Juden, die am 27. November ihre Heimatstadt verlassen mussten, starben am frühen Morgen dieses Tages unmittelbar vor der Ankunft ihrer lettischen Leidensgefährten.



Foto: BArch, Bild 183-N1212-326 / Donath

Die noch nicht abgeschlossene Räumung des Rigaer Ghettos führte auch dazu, dass die ersten vier Transporte, die in den ersten Dezembertagen aus Nürnberg, Stuttgart, Wien und Hamburg in Riga ankamen, nach Jungfernhof gebracht wurden. Erst mit der Ankunft des Transports aus Köln unmittelbar anschließend wurden die Juden in das Ghetto gebracht, wo sie die blutigen Überreste der unmittelbar vorher beendeten Räumung vorfanden. Im Dezember folgten dann noch Transporte aus Kassel, Düsseldorf, Münster/Bielefeld und Hannover. In den Wohnungen der vorher ermordeten lettischen Juden wurden die Deportierten untergebracht. Da der größere Teil des von den lettischen Juden geräumten Ghettos für



Foto: Museum „Juden in Lettland“, Riga

Foto links und oben: Am Zaun des Rigaer Ghettos

die hereinkommenden Transporte nicht zur Verfügung stand, herrschte in den Wohnungen qualvolle Enge, zumal im Januar bis Anfang Februar 1942 zwei weitere Transporte aus Theresienstadt, drei aus Berlin, zwei aus Wien und je einer aus Leipzig und Dortmund folgten.

Sowohl aus dem Ghetto als auch aus Jungfernhof wurden viele arbeitsfähige Männer in das noch gar nicht existierende spätere Polizeihaftlager Salaspils gebracht, wo sie bei eisiger Kälte zunächst ihre eigenen Unterkünfte und später das ganze Lager aufbauen mussten.

Die Transporte nach Riga setzten sich bis Anfang Februar fort und wurden erst im August bis Dezember 1942 im monatlichen Abstand (Transporte aus Berlin) wieder aufgenommen. Einer von ihnen wurde im September 1942 nach Estland (aus Berlin und Frankfurt a. M.) weitergeleitet.

Von allen diesen Vorgängen hatte die jüdische Bevölkerung im Reichsgebiet, als sie die Nachricht von ihrer bevorstehenden Abschiebung nach Osten erfuhr, keine Ahnung. Im Gegenteil, man spiegelte ihr vor, als Aufbaukräfte in den neu besetzten Ostgebieten Arbeit und Unterkunft zu finden. Die Deportationsrichtlinien erließ das Judenreferat des Reichssicherheitshauptamtes. Die örtlichen Leitstellen der Staatspolizei (Stapo) fassten sie für den lokalen Bereich zusammen und organisierten für ihren Zuständigkeitsbereich den gesamten Abtransport. So war der Dienstsitz der Stapoleitstellen das Zentrum, zu dem die Judentransporte der umliegenden Städte und Gemeinden zumeist zusammengeführt wurden, um dann den Transport gemäß den Absprachen mit der Deutschen

Reichsbahn auf seinen verhängnisvollen Weg zu schicken. Die lokale Schutzpolizei begleitete die Transporte bis nach Riga. Nach dem Krieg wurde lange Zeit der Eindruck erweckt, als ob der Abtransport der Juden aus dem Reichsgebiet eine Art „Geheime Reichssache“ gewesen sei. Schon in den sechziger Jahre war aber in den Gerichtssälen völlig klar, dass es sich dabei um eine reine Verteidigungsstrategie der Beschuldigten handelte. Im Gegenteil, die Deportation der deutschen Juden war ein in den Behörden weithin bekannter Vorgang, der die Verwaltungen umfangreich beschäftigte. Von den Arbeitsämtern, den Industriebetrieben, den Finanzämtern, den Wohlfahrtsbehörden bis hin zu den Gerichten wurde der Vorgang als ein bürokratischer Akt behandelt. Die Banken erließen genaue Richtlinien, wie mit den Anordnungen des Reichsfinanzministeriums umzugehen sei. Die NSDAP und ihre Organisationen, vornehmlich die NS-Volkswohlfahrt, versteigerten und verteilten das Hab und Gut der Deportierten, nachdem zunächst vornehmlich die Finanzämter und andere Behörden sich aus dem beweglichen Hab und Gut für ihre Zwecke bedient hatten.

Anfängliche Unsicherheiten in der Abwicklung des behördlichen Vermögensraubs wurden mit dem Erlass der 11. Verordnung zum Reichbürgergesetz beseitigt, derzufolge ein Jude beim „Verlassen des Reichsgebiets“ nicht nur seine Staatsangehörigkeit, sondern auch sein Vermögen verlor. Die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ und die noch bestehenden jüdischen Gemeinden, die unter dem Kuratel der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) standen, wurden gleichermaßen in den Verwaltungsvorgang miteinbezogen. Sie hatten die Deporta-

tionslisten nach den Richtlinien der Gestapo zusammenzustellen, die dann von der Stapo überarbeitet und genehmigt wurden. Sie betreuten die Menschen bis zum Abtransport. Durch Sonderabgaben auf das „Sonderkonto W“ der Reichsvereinigung musste die jüdische Bevölkerung schließlich den Abtransport in den Tod selbst bezahlen. Gemäß den Richtlinien nur mit dem Allernotwendigsten versehen, wurde das Gepäck der für den Abtransport bestimmten Personen in den Sammelstellen durch die Gestapo kräftig gefilzt, da die Anweisungen der jüdischen Organisationen mit denen der Gestaporichtlinien sehr oft nicht übereinstimmten und die Polizisten ohnehin die Bestimmungen willkürlich auslegten. Anfänglich standen noch alte Personenwaggons zum Abtransport bereit. In dem strengen Winter 1941/1942 stellte man dann nur noch ungeheizte Güterwagen zur Verfügung, was zu zahlreichen Erfrierungen bei den Transportinsassen führte. In Riga musste man die Toten ausladen.

Der Schock über diese Verhältnisse war gewaltig. Bei der Ankunft auf dem Güterbahnhof in Riga wurden die Insassen mit Gebrüll und teilweise mit Gewalt aus den Wagen getrieben. Diejenigen, die den Fußmarsch nach Jungfernhof oder in das Ghetto nicht leisten konnten, wurden mit Lkw fortgeschafft. Man sah sie nie wieder. Über die vereisten Straßen mussten sich die Menschen zu ihrem Unterbringungsort hinschleppen. Die Unbill des Wetters, nicht nur der böse Wille, sondern auch die hervorzuhebende deutsche Unfähigkeit, für die Deportierten zu sorgen, führten dazu, dass es Tage und Wochen dauerte, bis die dann gewährte mangelhafte Ernährung halbwegs gesichert war. Die katastrophale Unterbringung, die Kälte,

der Hunger und die konsequent sich daraus ergebenden Krankheiten führten dazu, dass allein in Jungfernhof in den Wintermonaten über 800 Menschen starben.

Im Rigaer Ghetto wurden die Angekommenen, soweit sie arbeitsfähig waren, erst zum Schneeräumen und dann nach und nach bei zahlreichen Dienststellen und Betrie-



Foto: Stadtarchiv Bielefeld

Bielefeld: Anfänglich standen noch alte Personenwaggons zum Abtransport bereit.

ben zur Arbeit eingesetzt. In nahezu 200 Arbeitsstellen wurden die jüdischen Arbeitskräfte, so merkwürdig es klingt, zu einem integralen Bestand des ohnehin knappen Arbeitskräftereservoirs, über dessen Verfügbarkeit es zu heftigen Auseinandersetzungen, sogar zu tätlichen Streitereien unter den Deutschen kam. In Salaspils war bei den barbarischen Lebens- und Arbeitsbedingungen die



Foto: Landesarchiv NRW/Abteilung Westfalen, Münster

Massengrab

Sterblichkeit besonders hoch. Nur ein Bruchteil der dort hingebachten Männer kehrte nach vollendetem Aufbau des Lagers im Sommer 1942 völlig entkräftet in das Rigaer Ghetto zurück. Bereits im Februar, aber vor allem am 26. März 1942, fanden sowohl in Jungfernhof als auch im Ghetto große Selektionen statt, denen in beiden Lagern nahezu 3 000 als arbeitsunfähig angesehene Menschen zum Opfer fielen. Unter dem Vorwand, sie in ein Lager in Dünamünde zu bringen, das in Wirklichkeit gar nicht existierte und wo es in einer Konservenfabrik angeblich leichtere Arbeitsbedingungen gäbe, transportierte man die Opfer zu den Massengräbern im Wald von Bikernieki und erschoss sie. Von diesem Zeitpunkt an war das Ghetto vor allem ein Arbeitsghetto. Jungfernhof bestand als Judenlager noch bis zum Sommer 1942. Die meisten Arbeitskräfte wurden dann in das Rigaer Ghetto gebracht, die übrigen erst 1943.

Die Lebensbedingungen im Ghetto können hier nicht geschildert werden. Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben und Dienststellen waren unterschiedlich und hingen von der Willkür der Befehlsgeber ab. Sie reichten von fast KZ-ähnlichen Verhältnissen bis zu den sogenannten guten Betrieben. Die Suche nach Lebensmitteln, der mit der Todesstrafe bedrohte Tauschhandel und viele weitere Unwägbarkeiten bestimmten das Leben. Zwischen dem Versuch, eine irgendwie den Verhältnissen angepasste Lebensweise zu organisieren, und der ständigen Willkür der Polizeikräfte versuchte man zu überleben. Um den täglichen Marsch zu den Betrieben zu sparen, richtete man in Fabriken und Dienststellen sogenannte „Kasernierungen“ ein, deren „Qualität“ wiederum

vom vorhandenen oder nicht vorhandenen Engagement der jeweiligen Vorgesetzten abhing.

Einen besonders üblen Ruf erwarb sich der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD, Dr. Rudolf Lange, dessen Schießwut keine Grenzen kannte. Dass eine Steigerung des Elends noch möglich war, erfuhren die Ghettoinsassen anlässlich ihrer Überführung in das neu errichtete KZ Kaiserwald in einem Vorort von Riga. Die Räumung des Ghettos, die im Sommer 1943 begann, zog sich bis in den Spätherbst hin. Im Ghetto sammelte man alle jene, die als arbeitsuntauglich galten und deportierte über 2 000 von ihnen Anfang November nach Auschwitz. Nur ein kleines Säuberungskommando blieb dann im leeren Ghetto bis 1944. Auch wenn die überwiegende Zahl der

Arbeitskräfte weiterhin in den Kasernierungen der Betriebe lebte, war das KZ Kaiserwald die „Schaltstelle“ für alle Häftlinge. Alle Scheußlichkeiten, die mit dieser Institution verbunden waren, ereigneten sich auch hier. Medizinische Versuche, Folterungen, willkürliche Erschießungen, Selektionen, usw. Der aus Mauthausen gekommene KZ-Arzt Dr. Eduard Krebsbach leitete auch die Kinderaktion, bei der alle noch vorhandenen Kinder unter 14 Jahren zur Erschießung weggeschleppt und anschließend ermordet wurden.

Bereits seit Frühjahr 1943 wurden auch kleine Kommandos zu den „Enterdungsaktionen“ geschickt („Stützpunktkommandos“ genannt), die man nach einiger Zeit erschoss und durch neue ersetzte.



Foto: Axel Vogel

Spuren des ehemaligen Ghettos in Riga: Verblasste Aufschrift „KÖLNER STR.“ auf einem verrosteten Metallblech, Juli 2010

Mit der Annäherung der Front 1944 begannen SS und Polizei mit der systematischen Rückführung der in den baltischen Staaten noch lebenden jüdischen Häftlinge nach Westen.

Über Libau wurden sie zunächst in das KZ Stutthof bei Danzig und im Lager und der weiteren Umgebung untergebracht. In Stutthof erfuhren sie noch einmal die ganze grausame Wirklichkeit des Konzentrationslagers. Die weitere Rückführung erfolgte dann 1945 großen Teils in Fußmärschen, bis sie von der Roten Armee befreit wurden. Der andere Teil gelangte mit dem Schiff nach Westen.

Befreit wurden die Deportierten in Schleswig-Holstein, Buchenwald und anderen Orten. Einige, die von Theresienstadt aus nach Riga deportiert worden waren, gelangten am Ende des Krieges an den Ausgangsort wieder zurück. Die Männer, die nach Bergen-Belsen kamen, fielen zum großen Teil den dort herrschenden Krankheiten zum Opfer. Eine Gruppe weiblicher Häftlinge wurde von Hamburg Richtung Kiel getrieben, wo sie dank des Schwedischen Roten Kreuzes nach Schweden in die Freiheit gelangten.

*Prof. Dr. Wolfgang Scheffler
(* 22. Juli 1929 † 18. November 2008)*



Foto: BArch, Bild 101III-Duerr-054-30A / Dürr

Jüdische Häftlinge bei der Errichtung des Konzentrationslagers Salaspils

Das „Buch der Erinnerung“

Das zweisprachige „Buch der Erinnerung“ ist ein Gedenkbuch an die nach Kowno (Litauen), Riga (Lettland) und Reval (Estland) verschleppten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden. Es unterscheidet sich von den bis dahin erschienenen Gedenkbüchern durch die strikte Einteilung nach den Deportationszielen, denen die Transporte ins „Reichkommissariat Ostland“ in chronologischer Reihenfolge zugeordnet werden. In den einzelnen Abschnitten werden insgesamt 32 Deportationen aus verschiedenen Städten zwischen dem 17. November 1941 und dem 26. Oktober 1942 dargestellt. Zu dieser Neueinteilung führten folgende Vorüberlegungen:

- Die Deportationen nach Kowno, die zunächst für Riga geplant waren, erhalten zum ersten Mal eine zusammenfassende Darstellung.
- Die Riga-Transporte werden so zusammengestellt, wie sie tatsächlich die jeweilige Gestapo(leit)stelle verließen. Die Transporte werden durch die Möglichkeit transparenter, erkennen zu können, woher Juden zusammengezogen wurden. Mehrfachnennungen von Deportierten können so vermieden werden.
- Zwei Transporte sind neu zu datieren, die dazu gehörigen Namen des einen werden zusammengeführt, der andere erhält einen neuen Zielort und wird aus der bisherigen Liste der Riga-Transporte entfernt.
- Soweit sie sich anhand der noch existierenden Materialien der einzelnen Gedenkstätten eruieren lassen, sollen Wege aufgezeigt werden, die die Menschen gehen mussten, wenn sie die Zeit im Ghetto überlebt haben.

Diese Rekonstruktion der Wege ist bis dahin noch nie vorgenommen worden.

- Überlebende werden genannt.

Um dem Gedenkbuch eine einheitliche Struktur zu geben, war die Unterstützung lokaler Archive und regionaler Forscher unerlässlich. Anhand eines von Professor Scheffler erarbeiteten „Leitfadens“ erfährt der heutige Leser und Nutzer unter anderem:

- wie sich die allgemeinen Bevölkerungszahlen zwischen den Volkszählungen von 1933 und 1939 veränderten,
- wie sich die Verhältnisse für Juden in den Bereichen der einzelnen Gestapo(leit)stellen entwickelten,
- wo Sammellager eingerichtet worden waren und welche Verhältnisse dort herrschten,
- welche Vorbereitungen sowohl Täter als auch Deportierte zu treffen hatten,
- auf welche Weise die Zuführungen aus den einzelnen Städten erfolgten und schließlich,
- welche Personen oder welcher Personenkreis für die Deportationen verantwortlich zeichneten und
- wie sie durchgeführt wurden.

Die dadurch entstandene Transparenz lässt die lokalen Gegebenheiten erkennen. Immer wieder auftauchende Besonderheiten lassen sich so leicht zuordnen.

In 17 Texten erhält der Benutzer von 14 verschiedenen Autoren einen Einblick in die Deportationsgeschichte der Städte und Regionen Berlin, Bielefeld, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, Leipzig, Münster, Nürnberg, Osnabrück, Schleswig-Holstein, Stuttgart, Theresienstadt (Prag, Brünn) und Wien.

Darüber hinaus standen den Verfassern – neben ungezählten Privatpersonen, darunter Überlebende der Deportationen nach Riga, Lokalhistoriker, Geografen und Meteorologen – zur Seite:

46 deutsche Archive (Bundesarchiv, Hauptstaats-, Landes- und Stadtarchive), das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands in Wien, Terezín Memorial, Yad Vashem in Jerusalem, United States Holocaust Memorial Museum in Washington, die Survivors of the Shoah Visual History Foundation in Los Angeles, das Sonderarchiv in Moskau, das lettische Staatsarchiv in Riga, das Stadtarchiv der Stadt Riga, die Staatsanwaltschaften Hamburg und Düsseldorf, die Universität Breslau, die Wiener Library in London, die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg, die Gedenkstätten Auschwitz, Buchenwald, Bergen-Belsen, Dachau, Neuengamme, Sachsenhausen, Stutthof und Theresienstadt, das Landesverwaltungsamt Berlin/Entschädigungsbehörde und mehrere Dokumentationszentren.

Mit diesen mehr als 1 000 Seiten umfassenden beiden Bänden liegt also erstmalig ein Gedenkbuch vor, das die Deportationen vom 17. November 1941 bis zum 26. September 1942 nach Estland, Lettland und Litauen detailliert aufschlüsselt. Dadurch werden individuelle Besonderheiten der Transporte deutlich, die einerseits einem vorgegebenen Organisationsrahmen folgen, andererseits aber – ähnlich wie die Pogromnacht in den einzelnen Orten – eine eigene Dynamik entwickeln. Die Publikation stellt damit eine wichtige Ausgangsbasis für weiterführende Arbeiten im lokalen und regionalen Raum dar.

Dr. Diana Schulle



Foto: Volksbund-Archiv

Innenminister Otto Schily stellte am 27. März 2003 das „Buch der Erinnerung“ im großen Vortragssaal der „Stiftung Neue Synagogen Berlin – Centrum Judaicum“ erstmalig vor.

„Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden“, bearbeitet von Wolfgang Scheffler und Diana Schulle, herausgegeben vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. in Verbindung mit der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ und der Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“

Das Buch ist nur noch im Verlag De Gruyter als Reprint (print on demand) oder eBook oder kombiniert als Print/ eBook erhältlich (weitere Angaben, s. u. <http://www.degruyter.com/view/product/53211>)

Plan der Gräber- und Gedenkstätte in Riga-Bikernieki

Die genaue Adresse des Haupteingangs der Gräber- und Gedenkstätte Riga-Bikernieki lautet:
Bikernieku iela 1001 Riga, Lettland, GPS-Daten: 56°57'52.12"N, 24°12'42.28"E.



Zur Gestaltung der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus im Wald von Bikernieki

Die Hauptidee zur Gestaltung des Denkmals kam von diesem Platz selbst. Dieser Ort ist wie eine große Grube mit einem flachen Boden und mit Höhenunterschieden von bis zu vier Metern. Es war ein Wunsch, für jedes Opfer einen Granitstein aufzustellen.

So kamen die Architekten auf die Idee der „geöffneten Erde“, die das ganze Grauen des Geschehens zeigt. Die Steine als Denkmäler, die – vom Grubenboden in alle Richtungen verbreitet – in den Wald weisen. Diese Steine sind wie ein Schrei der schuldlos Getöteten und lassen erkennen, dass der gesamte Ort ein einziger Hinrichtungsplatz war. Der Schrei der unschuldigen Toten, der aus dem Boden kommt. Er lässt uns diese Tragödie nicht vergessen. 70 Zentimeter hohe Betonwände umfassen den Platz, um das Bild der „geöffneten Erde“ zu verstärken.

Der Gedenkort ist in Quadrate (nach Zahl der Massengräber) aufgeteilt. Jedes Quadrat ist 4,5 x 4,5 Meter groß und mit 110 bis 120 von 0,5 bis 1,1 Meter großen Steinen versehen. In den 48 Quadraten und daneben sind bislang 57 polierte Granitplatten mit den Namen der Städte im Boden eingelassen, aus denen die Menschen nach Riga gebracht wurden.

Die Steine stehen eng zusammen, wie die Leute vor der Erschießung. Die Gruppen aus Steinen sind zusammengesetzt wie eine Familie: Eltern, die ihre Kinder zu schützen versuchen, Brüder, Schwestern, die nebeneinander im Angesicht des Todes stehen. Die Steine haben wie Menschen unterschiedliche Größen und Schattierungen

und das macht, insbesondere am Abend, dieses Gefühl noch stärker und tragischer. In der Mitte dieses Bereichs, wo Menschen in den Tod getrieben wurden, an der Kreuzung der Achsen von Haupteingang und Erinnerungsweg, wurde eine symbolische Kapelle eingerichtet. Die Kapelle besteht aus zwei zueinander senkrechten Betonbögen (Höhe 6 Meter). Die Bögen, die sich über den Säulen erheben und sich überkreuzen, stehen damit als Symbol für die alte Todesstrafe der Kreuzigung.

In die Mitte der Kapelle ist der Namensschrein gesetzt. Er hat die Form eines Würfels aus schwarzem poliertem Granit (Höhe 1,5 Meter). In ihm sind die verplombten Kapseln mit den Namenslisten der Opfer aus den Städten, aus denen die Ermordeten kamen, eingeschlossen. Auf den seitlichen Flächen des Altars steht in Lettisch, Hebräisch, Russisch und Deutsch die Inschrift der Tora (HIOB 16; Vers 18): „Ach Erde, bedecke mein Blut nicht, und mein Schreien finde keine Ruhestatt“. Die Kapelle ist das kompositorische Zentrum des Denkmals, zentraler Gedenkplatz und Bereich für die Gedenkveranstaltungen. Der weiße Beton der Kapelle kontrastiert mit den gespaltenen Granitsteinen. Die Denkmäler ergänzen sich gegenseitig, wodurch ein – auch emotionaler – Zusammenhalt der Gedenkstätte gebildet wird.

Entlang der Waldwege zwischen den Gräbern, die damals zum Todesweg von Menschen wurden, sind Betonpfähle aufgestellt. Sie stehen – jeweils mit einem von drei Symbolen versehen – für die unterschiedlichen Opfergruppen.



Foto: Volksbund-Archiv



Foto: Volksbund-Archiv

Entlang des Weges stehen Betonstelen mit dem Davidstern, einem Kreuz oder einem Dornenkranz. Denn außer den jüdischen Opfern des Ghettos wurden auch lettische Verfolgte – für sie steht das Kreuz – und Kriegsgefangene unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher Nationalität ermordet.

Foto links:

„Diese Steine sind wie ein Schrei der schuldlos Getöteten und lassen erkennen, dass der gesamte Ort ein einziger Hinrichtungsplatz war.“
(Sergejs Rizs)

Die Symbole sind: der Davidstern, das Kreuz oder eine Dornenkrone für die umgebrachten politischen Gefangenen bzw. die jeweils tot hier angekommenen Kriegsgefangenen der Roten Armee oder für sonstige Opfer der Zivilbevölkerung, die erkennbar ebenfalls keiner Konfession zugerechnet werden können. Die Betonpfähle sind oben mit Stahldornen besetzt, als Symbol für den letzten Weg der Opfer in den Tod.



Foto: Sergejs Rīzs

Die einzelnen Grabfelder sind mit Kantsteinen eingefasst und durch Naturstein-Stelen gekennzeichnet.

Die Massengräber sind über den Boden erhöht und durch Kantsteine eingefasst, um sie im Wald erkennbar zu machen. In der Mitte jedes Massengrabs ist ein großer Granitstein oder eine Komposition aus zwei oder drei Steinen installiert.

Sergejs Rīzs



Foto: Volksbund-Archiv

Der Architekt Sergejs Rīzs (links) im Juli 2010 bei der Erläuterung der Überlegungen zur Gestaltung der Gedenkstätte in Riga-Bikernieki mit Prof. Volker Hannemann, stellvertretender Präsident des Volksbundes.

Verschollen, aber nicht mehr vergessen

45 Jahre war weitgehend vergessen und verdrängt, dass in Riga (neben Kaunas und Minsk) die Vernichtung der deutschen Juden begann. 1989 stieß ich im noch sowjetischen Riga auf die Spuren von Ghetto und Deportationen. Das Buch von Bernhard Press „Judenmord in Lettland“ führte zu den Orten des Nazi-Terrors ab Juli 1941:

- die Überreste der ehemaligen Großen Choralssynagoge an der Gogolstraße,
- das ärmliche Viertel der „Moskauer Vorstadt“ südöstlich des Hauptbahnhof, das damals zum Ghetto gemacht wurde,
- die Gebäudereste des heruntergekommenen Guts und provisorischen Auffanglagers „Jungfernhof“ an der Daugava,
- das Wäldchen von Rumbula mit vielen Massengräbern unweit der Ausfallstraße Maskavas iela,
- die monumentale Gedenkstätte am Ort des früheren „Arbeitserziehungslagers“ Salaspils im Südosten von Riga,
- der Wald von Bikernieki am östlichen Stadtrand von Riga, damals nur „Hochwald“ genannt.

Aufwühlend und unfassbar war, welches Grauen sich in diesem sonnigen, so friedlich erscheinenden Wald fast fünfzig Jahre zuvor abgespielt hatte. Eine doppelte Schande war, wie sehr die Erinnerung an die Gequälten, Ermordeten, Verscharnten verweht und verdrängt war: KEIN Erinnerungszeichen in den Straßen des ehemaligen Ghettos. Die Massengräber von Bikernieki in einem verwahrlosten und vergessenen Zustand.



Winfried Nachtwei, ehemaliger Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90 / Die Grünen, setzt sich seit vielen Jahren für ein würdiges Gedenken an die in Riga ermordeten Juden ein.

Über Jahrzehnte war in der deutschen und lettischen Öffentlichkeit praktisch unbekannt, dass in Riga die massenhafte Ermordung der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden ihren Anfang genommen hatte.

Aufbrechende Erinnerung

In Salaspils entstand 1967 eine große Gedenkstätte. In Bikernieki gibt es seit 1974 einen Gedenkstein, in Rumbula seit 1964. Nirgendwo war auch nur mit einem einzigen Wort erwähnt, dass hier zum großen Teil jüdische Menschen ermordet worden waren. Als Rigaer Juden in den 1960er Jahren die Massengräberstätte in Rumbula würdig gestalteten, geschah das gegen die Widerstände der Bürokratie. Gedenkveranstaltungen der Holocaust-Überlebenden wurden von Vertretern der regierenden Kommunistischen Partei und des Geheimdienstes KGB gestört.

Mit der Unabhängigkeit öffnete sich auch die kollektive Erinnerung in Lettland. 1990 konnte der damals 65-jährige Ghetto-Überlebende Margers Vestermanis in Riga mit dem Aufbau des Archivs und Museums „Ebreji Latvija (Juden in Lettland)“ in der Skolas iela 6 beginnen.

Begünstigt durch die neue Reise- und Informationsfreiheit zwischen Ost und West erwachte auch in Deutschland die Erinnerung an die 1941/42 nach Riga Deportierten. **Zum 50. Jahrestag** der Deportationen Ende 1991 fanden in etlichen Städten erstmalig Gedenkveranstaltungen statt.

Beim ersten Welttreffen der lettischen Juden im Juli 1993 wurde an der Gogolstraße das erste Holocaust-Mahnmal Lettlands eingeweiht. In einer Feierstunde im ehemaligen Jüdischen Theater ehrte der lettische Staat Dutzende „Judenretter“. Auf dem Umweg über das American Jewish Committee und durch internationalen Druck konnte Anfang 1998 eine Entschädigungsrente für die jüdischen Ghetto- und KZ-Überlebenden im Baltikum durchgesetzt werden.

Gedenkstätte Bikernieki und das Deutsche Riga-Komitee

Anfang der 1960er Jahre wurden die Massengräber im Wald von Bikernieki mit Kantensteinen umfasst und in die Liste zu schützender Territorien aufgenommen. 1985 erhielt der Architekt Sergejs Rizs vom städtischen „Kommunalprojekt“ den Auftrag, den Plan für eine Gedenkstätte zu erarbeiten. 1991 wurden die begonnenen Bauarbeiten wegen Finanzierungsproblemen eingestellt. In diesem Jahr legte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Riga auf dem alten „Großen Friedhof“ an der Miera iela (Friedensstraße) den ersten deutschen Soldatenfriedhof auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion an. Was einerseits eine menschliche Pflicht und öffentliche Aufgabe des Volksbundes war, machte zugleich die offizielle Erinnerungsverweigerung gegenüber den Deportationsopfern in beschämender Weise deutlich. Darauf machte ich bei Veranstaltungen wie auch bei einem Gespräch zwischen Volksbund-Präsident Hans-Otto Weber und dem Grünen-Fraktionsvorsitzenden Joschka Fischer aufmerksam. Die Initiative ergriff Erich Herzl aus Wien. Er und sein Mitstreiter Kurt Fräser hatten in Riga ihre Eltern verloren. Sie gründeten 1996 die „Initiative Riga“ für eine würdige

Gedenkstätte in Bikernieki und gewannen die Unterstützung höchster österreichischer Repräsentanten.

Mit dem Ende 1996 in Kraft getretenen deutsch-lettischen Kriegsgräberabkommen galten nun auch Gräber von Deportierten als Kriegsgräber. Im März 1997 übernahm der Volksbund das Projekt Gräber- und Gedenkstätte Bikernieki in Zusammenarbeit mit der „Initiative Riga“. In Riga arbeitete er mit dem Brüderfriedhöfe-Komitee, seiner lettischen Partnerorganisation, und der Stadtverwaltung zusammen.

Der 1998 neu gewählte Präsident des Volksbundes, der frühere Regierungspräsident von Braunschweig und langjährige Stadtdirektor von Hannoversch-Münden, Karl-Wilhelm Lange, trieb die Idee eines Städte-Komitees voran, um die Erinnerung lokal zu verankern, die politische Basis des Projekts zu verbreitern und seine Finanzierung abzusichern. Erste Komitee-Mitglieder sollten die Städte werden, in denen Gestapo-Leitstellen die Deportationen organisiert hatten. Nach dem Empfang beim Bundespräsidenten unterzeichneten die versammelten Stadtoberhäupter am 23. Mai 2000 in Berlin die Gründungsurkunde des „Deutschen Riga-Komitees“,

... „getragen von dem Willen, die Erinnerung an ihre ermordeten Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zu bewahren und ihrer zu gedenken,

in der Überzeugung, dass die Gräber- und Gedenkstätte Riga dazu einen bedeutenden, die Heimatstädte umschließenden zeitgeschichtlichen Beitrag leistet,

mit dem Ziel, den auf einer langen gemeinsamen Geschichte ruhenden Beziehungen unserer beiden Länder, ihrer weiteren Entwicklung und dem Frieden in Europa zu dienen.

Mit der künftigen Pflege der Anlage durch lettische und deutsche Jugendliche soll ein lebendiges Band der Erinnerung und der Begegnung geknüpft werden zwischen Riga und den deutschen Städten, von denen damals die Sammeltransporte ausgingen.“

Einweihung der Gedenkstätte Bikernieki

Am 30. November 2001, dem 60. Jahrestag des „Rigaer Blutsonntags“, versammelten sich in Bikernieki mehrere Hundert Menschen, unter ihnen viele ehemalige Ghetto- und KZ-Häftlinge. Nach den Ansprachen der lettischen Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga sowie des österreichischen und des deutschen Botschafters traten Vertreter der Städte des Riga-Komitees vor und stellten Metallkapseln mit den Namenslisten ihrer in Riga umgekommenen Bürger in den Gedenkstein. Danach wurde die Deckplatte auf den Gedenkstein gesenkt: Es war, als würden die Ermordeten nun erstmalig würdig bestattet. Prof. Dr. Gertrude Schneider, Überlebende eines Wiener Transports und Erforscherin der Ghetto-Geschichte, sagte: „Der Fluch‘ nicht gedacht soll ihrer werden‘, wird jetzt aufgehoben.“

An der Bikernieku ievala (Bikernieki-Straße) im Osten Rigas informieren jetzt zwei Steintafeln in vier Sprachen: *„Hier im Wald von Bikernieki wurden in den Jahren 1941-1944 durch das NS-Regime und dessen freiwillige Helfer tausende Juden aus Lettland, Deutschland, Österreich und Tschechien sowie politisch Verfolgte und sowjetische Kriegsgefangene ermordet.“*

Gräber- und Gedenkstätte Riga Bikernieki

Im Jahr 2001 erbaut vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland, des Nationalfonds der Republik Österreich und der im „Deutschen Riga Komitee“ vereinten Städte.

Bereits ab 1992 veranstaltete der Volksbund - zunächst durch den Landesverband Bremen, später auch weitere Landesverbände - Workcamps in Riga. Seit Juli 2002 pflegen lettische und deutsche Jugendliche auch die Gedenkstätte in Bikernieki.

Im Juli 2010 besuchte eine vom Vizepräsidenten des Volksbundes, Prof. Volker Hannemann, geleitete Delegation mit Repräsentanten von 24 deutschen Städten in Riga die Orte des Nazi-Terrors, unter ihnen viele (Ober-)Bürgermeister, Stadträte und Beigeordnete, Präsidenten von Landesparlamenten und der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland. Mit dabei waren auch 25 deutsche und lettische Jugendliche des Workcamps.

Die Delegationsmitglieder brachten aus ihren Städten „Steine für Bikernieki“ mit und legten sie vor Ort nieder. Tief beeindruckt von den Besuchen im ehemaligen Ghetto und in Bikernieki kamen die Delegationsmitglieder überein, die Zusammenarbeit im Rahmen des Riga-Komitees wiederzubeleben und zu vertiefen.

Im November 2012 luden die Stadt Magdeburg und der Landesverband Sachsen-Anhalt im Volksbund zu einem ersten Symposium des Riga-Komitees ein, an dem Vertreter aus 14 Städten teilnahmen. Im April 2015 folgte das 2. Symposium in Münster, September 2016 wird Osnabrück Gastgeber des 3. Symposiums sein.

Für keinen anderen Ort der NS-Vernichtungspolitik gibt es einen solchen Städteverbund zur Erinnerungsarbeit mit so vielen lebendigen Bändern der Erinnerung wie für Riga.

Im Sommer 2015 zählt das Riga-Komitee 53 Mitgliedsstädte, zwei weitere Städte sind im Beitrittsverfahren. Es ist ein in der deutschen Erinnerungs- und Gedenkkultur einzigartiger Zusammenschluss, entstanden vor dem Hintergrund der Spurensuche und der Erinnerungsarbeit engagierter Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Städte.

Winfried Nachtwei

Mitmenschlichkeit ging verloren

Gedenken an die in Riga ermordeten Juden

Vor einem Meer aus Stelen steht Judith Neuwald-Tasbach auf der idyllisch wirkenden Lichtung unter hohen Kiefern. Lange verharrt die Frau hier bewegt. 5 000 Steine, geschlagen aus ukrainischem Granit, grob in ihrer Struktur, aber unterschiedlich in ihrer Größe und Farbe, verleihen dem Ort im Wald von Bikernieki nahe der lettischen Hauptstadt Riga etwas Friedvolles. Doch die 50 Jahre alte Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen weiß: Der Boden im Wald von Bikernieki ist mit Blut getränkt. Die Steine sollen vor allem an tausende getötete deutsche Juden erinnern, ermordet von Sicherheitspolizei und lettischen Hilfskräften bei Massenerschießungen. Betroffen war auch die Familie von Judith Neuwald-Tasbach. 26 Familienmitglieder verschleppten die Nazis nach Riga, nur zwei überlebten, darunter der Vater der Gelsenkirchenerin. Knapp 70 Jahre nach den Geschehnissen steht Judith Neuwald-Tasbach zum ersten Mal an dem Ort, an dem nicht nur ihrer Familie Furchtbares widerfuhr.

Ab November 1941 ließen die Nazis tausende Juden aus dem so genannten „Altreich“ nach Riga deportieren, wo es vom Ghetto aus oft direkt in den Tod ging. Was häufig noch immer unbekannt ist: Nicht mit dem systematisierten Töten in den Gaskammern von Auschwitz begann der Holocaust an deutschen Juden, „sondern mit Massenerschießungen im Wald von Bikernieki“. So formuliert es der ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen, Winfried Nachtwei, aus dessen Heimatstadt Münster ebenfalls viele

Juden nach Riga verschleppt worden waren. Nachtwei, der sich seit Jahren für ein würdiges Gedenken an die in Riga ermordeten Juden einsetzt, war Redner auf der Gedenkfeier in Bikernieki anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Riga Komitees. Das Komitee, das auf eine Initiative des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zurückgeht und aus 40 Städten besteht, konnte schließlich 2001 den lange vergessenen Opfern eine Gedenkstätte widmen. Auch wenn es für Judith Neuwald-Tasbach ein schwerer Gang wurde: Es war ihr ein inneres Bedürfnis, bei einer Gedenkstunde am ehemaligen Ort des Schreckens dabei zu sein.



Judith Neuwald-Tasbach zum ersten Mal in Rumbula

Die Gelsenkirchenerin stellt sich der schmerzvollen Vergangenheit. Etwa als die 70 Teilnehmer starke Delegation des Volksbundes andere Orte besucht, wo die Nazis laut dem Experten Nachtwei „Unfassbares, aber Unbestreitbares“ verübt haben. Zum Beispiel im ehemaligen Ghetto von Riga am jüdischen Friedhof. Reinhard Heydrichs Sicherheitsdienst (SD) ließ hier unter unsäglichen Bedingungen bis zu 30 000 Juden aus Deutschland zusammenpferchen. Beim Blick auf Häuser, die noch aus jenen düsteren Tagen stammen, und Straßen, die einst „Kölner Straße“ und „Leipziger Straße“ hießen, drängen sich Judith Neuwald-Tasbach bange Fragen auf. Haben hier irgendwo zwischen kleinen Holzhäusern und trostlosen Mietskasernen die Großeltern ihre letzten Stunden verbracht?

Bei der Gedenkstunde in Bikernieki bleibt die Frage nach Schuld und Verantwortung nicht aus: Diese Frage trifft sowohl die Täter als auch diejenigen, die es in den deutschen Städten zugelassen hatten, dass Freunde, Vereinsmitglieder und Unternehmer wie Judith Neuwald-Tasbachs Großvater quasi über Nacht ihre Rechte verloren hatten. „Dekoriert im Ersten Weltkrieg war mein Großvater deutscher als viele Deutsche“, sagt sie. „Trotzdem hatte 1941 keiner eine Hand für ihn gerührt.“ Nirgendwo fand er Schutz, Unterschlupf und Achtung, dieser Gedanke hat für die Frau etwas Traumatisches: „Da verliert man das Vertrauen in die Menschen.“ Trotzdem freut Judith Neuwald-Tasbach, dass viele Kommunen nun späte Verantwortung für das Geschehene übernehmen. Repräsentanten aus 24 Städten, die dem „Deutschen Riga-Komitee“ angehören, waren nach Bikernieki gekommen.

Auch Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, stimmte das Engagement einiger deutscher Städte hoffnungsvoll. Gleichwohl gelte es, noch mehr deutsche Bürger nach Riga zu bringen, so sagt er. „Um das Unfassbare in seiner ganzen Grausamkeit zu verstehen, müssen wir ein größeres Bild zeigen. Und das beinhaltet neben Vernichtungslagern wie Auschwitz auch Riga und die anderen Mordstätten in Mittel- und Osteuropa“.

Ein Bild vor Ort machten sich Bremer Jugendliche, die an einem Workcamp des Volksbundes teilnahmen. Ihre Aufgabe war es, mit künstlerischen Mitteln die Geschichte des Ghettos wieder sichtbar zu machen. Eine Teilnehmerin, die von Neuwald-Tasbachs Familiengeschichte gerührt war, ermunterte die Gelsenkirchenerin zum Weitermachen: „Mit ihrem Workshop entreißen sie die ermordeten Juden dem Vergessen.“ Für Judith Neuwald-Tasbach wäre es das Schlimmste: Menschen wie ihre Großeltern zu vergessen, die hier irgendwo im Wald von Bikernieki verscharrt liegen.

Axel Vogel, Juli 2010

Persönliches Andenken bewahren

Wie kann man Gedenken – in diesem Fall an deportierte deutsche Juden – bei den nachwachsenden Generationen wach halten und dabei das Einzelschicksal in den Vordergrund stellen?

Diese Frage stellt sich immer wieder in der Gedenk- und Bildungsarbeit insbesondere mit jungen Menschen. Eine Idealform dafür gibt es nicht, aber bestimmte Projektformen haben sich bewährt.

So kam es zum Beispiel Horst Hoheisel bei seinem Workshop mit lettischen und deutschen Jugendlichen in Riga darauf an, dass diese möglichst viele unterschiedliche eigene Ideen entwickeln, wie man an den ehemaligen alten jüdischen Friedhof in der heutigen Parkanlage erinnern kann. Beispielhaft sollten diese Ideen dann provisorisch am Ort visualisiert werden. Dabei wurde der Workshop dann auch noch sehr emotional bis hin zu Tränen und heftigen Diskussionen mit lettischen Passanten und Picknickgruppen auf dem Friedhof.

Es sind also Anlässe und Anreize zur unmittelbaren Auseinandersetzung zu geben. Dies war auch Absicht des Projektes „Steine für Bikernieki“.

Um einen engen Bezug zwischen den einzelnen Mitgliedsstädten im Riga-Komitee und dem Ort Bikernieki herzustellen, sollten junge Menschen ganz speziell die Steine auswählen, die die Delegierten vor Ort für ihre Heimatstadt niederlegten.

Mit dieser Aufgabe wurden sie dazu gebracht, sich bewusst mit dem Schicksal ehemaliger Bürger ihrer Heimatstädte auseinanderzusetzen, die vor 70 Jahren zur Deportation gezwungen und in den Tod geschickt wurden.

Aktive Rückmeldungen zu dem Projekt gab es unter anderem aus Bremen, Coesfeld, Hamburg, Hannover, Kassel, Osnabrück, Stuttgart und Würzburg.

Schülerinnen und Schüler einer 8. Klasse aus Coesfeld haben dabei auf die Eingangsfrage eine besondere Antwort gefunden. Sie schrieben persönliche Briefe an die Opfer, die sie zuvor auf einem Foto gesehen hatten.



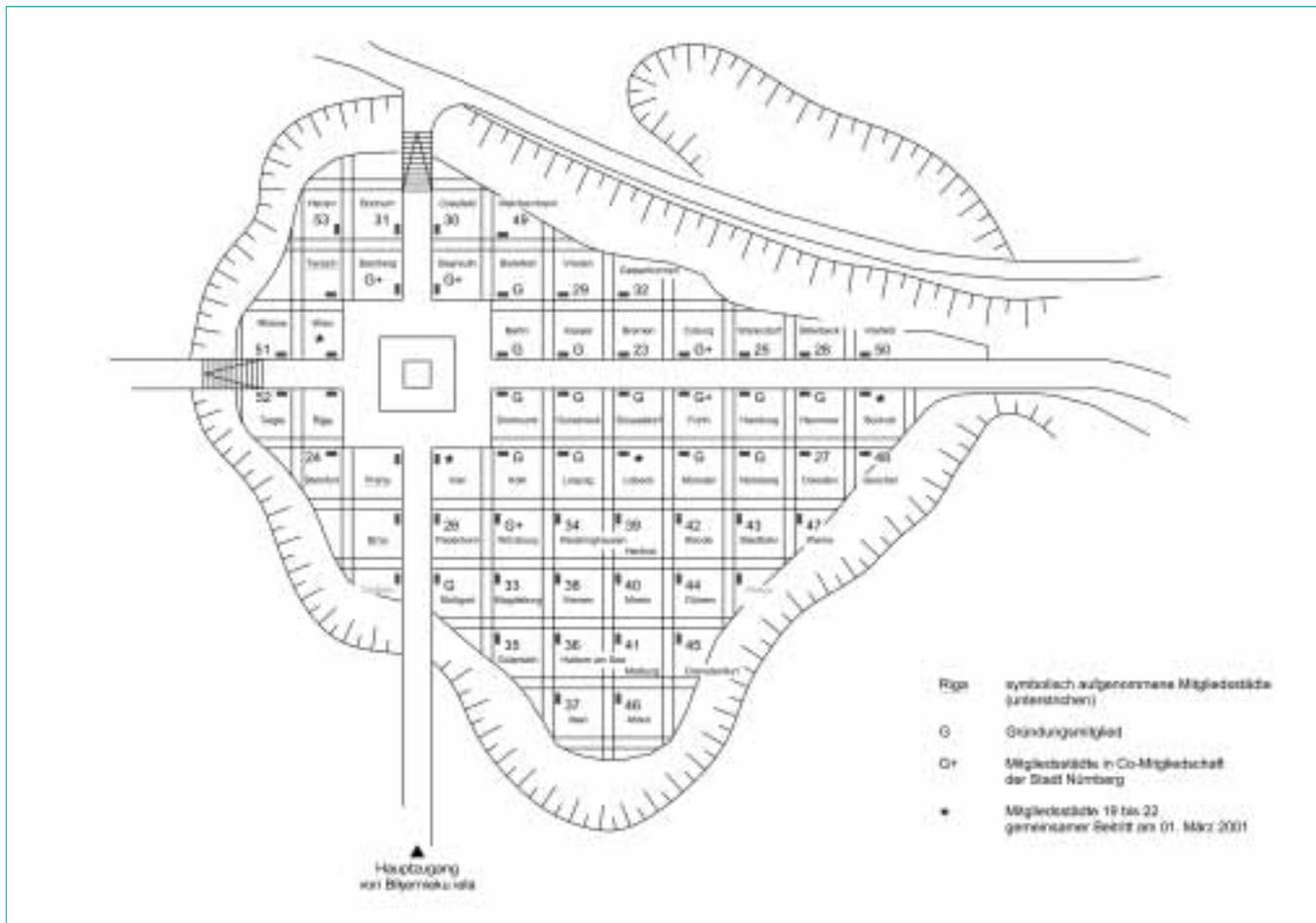
Foto: Claudia Haßkamp

Schülerinnen und Schüler auf den Spuren des jüdischen Lebens in Coesfeld am Gedenkstein des ehemaligen jüdischen Friedhofes.

Die im Liebfrauenpark versammelten Coesfelder Juden unmittelbar vor ihrem Abtransport nach Münster am 10. Dezember 1941



Lageplan der auf dem zentralen Gedenkplatz gesetzten Namenssteine der Mitgliedsstädte



Städteliste Riga-Komitee

Die Gründungsmitglieder (23. Mai 2000):

Berlin, Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, Leipzig, Münster, Nürnberg (mit Bamberg, Bayreuth, Coburg, Fürth, Würzburg), Osnabrück, Stuttgart

Die weiteren Mitgliedsstädte:

Bocholt (Beitritt 1.3.2001), Kiel (1.3.2001), Lübeck (1.3.2001), Wien (1.3.2001), Bremen (5.11.2001), Steinfurt (4.2.2002), Warendorf (20.2.2002), Paderborn (10.3.2002), Dresden (15.5.2003), Billerbeck (6.6.2005), Vreden (14.9.2006), Coesfeld (9.11.2006), Bochum (27.1.2007), Gelsenkirchen (8.11.2007), Magdeburg (25.2.2008), Recklinghausen (5.3.2009), Gütersloh (9.11.2009), Haltern am See (27.1.2010), Marl (27.1.2010), Viersen (14.6.2010), Herford (17.5.2011), Moers (4.10.2011), Marburg (4.9.2012), Bünde (9.11.2012), Stadtlohn (11.12.2012), Dülmen (24.1.2014), Drensteinfurt (26.1.2014), Ahlen (26.1.2014), Werne (19.5.2014), Gescher (27.5.2014), Mainbernheim (16.7.2014), Krefeld (23.9.2014), Rheine (27.1.2015), Telgte (6.2.2015), Herten (10.6.2015), Südlohn (2015), Ahaus (2015)

Symbolisch aufgenommen:

Brünn / Brno
Prag / Praha
Riga
Theresienstadt / Terezin



Beispiel für die vor Ort auf der Gedenkstätte in Bikernieki aus poliertem Granit gesetzten Namenssteine der Mitgliedsstädte

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ist eine humanitäre Organisation. Er widmet sich im Auftrag der Bundesregierung der Aufgabe, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen. Der Volksbund betreut Angehörige in Fragen der Kriegsgräberfürsorge, er berät öffentliche und private Stellen, er unterstützt die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge und fördert die Begegnung junger Menschen an den Ruhestätten der Toten.

Heute hat der Volksbund knapp 350 000 aktive Förderer sowie über eine Million Gelegenheitsspenden und Interessenten. Mit ihren Beiträgen und Spenden sowie den Erträgen aus der Haus- und Straßensammlung, die einmal im Jahr stattfindet, finanziert der Volksbund zu etwa 70 Prozent seine Arbeit. Den Rest decken öffentliche Mittel des Bundes und der Länder.

Gegründet wurde die gemeinnützige Organisation am 16. Dezember 1919 – aus der Not heraus. Die noch junge Reichsregierung war weder politisch noch wirtschaftlich in der Lage, sich um die Gräber der Gefallenen zu kümmern. Dieser Aufgabe widmete sich fortan der Volksbund, der sich als eine vom ganzen Volk getragene Bürgerinitiative verstand. Bis Anfang der dreißiger Jahre baute der Volksbund zahlreiche Kriegsgräberstätten aus.

Ab 1933 unterwarf sich die Führung des Volksbundes aus eigenem Antrieb der Gleichschaltungspolitik des NS-Regimes. Die Errichtung von Soldatenfriedhöfen des Zweiten Weltkrieges übernahm der Gräberdienst der Wehrmacht.

Ab 1946 hat der Volksbund in kurzer Zeit über 400 Kriegsgräberstätten in Deutschland angelegt. 1954 beauftragte die Bundesregierung den Volksbund mit der Aufgabe, die deutschen Soldatengräber im Ausland zu suchen, zu sichern und zu pflegen.

Im Rahmen von bilateralen Vereinbarungen erfüllt der Volksbund seine Aufgabe in Europa und Nordafrika. In seiner Obhut befinden sich heute 832 Kriegsgräberstätten in 45 Staaten mit etwa 2,7 Millionen Kriegstoten. Mehrere tausend ehrenamtliche und 571 hauptamtliche Mitarbeiter/innen erfüllen heute die vielfältigen Aufgaben der Organisation. Nach der politischen Wende in Osteuropa nahm der Volksbund seine Arbeit auch in den Staaten des einstigen Ostblocks auf, wo im Zweiten Weltkrieg etwa drei Millionen deutsche Soldaten ums Leben kamen – mehr als doppelt so viele, wie auf den Kriegsgräberstätten im Westen ruhen. Diese Aufgabe stellt den Volksbund vor immense Schwierigkeiten: Viele der über hunderttausend Grablagen sind nur schwer auffindbar, zerstört, überbaut oder geplündert.

Seit 1991 hat der Volksbund 330 Friedhöfe des Zweiten Weltkrieges und 188 Anlagen aus dem Ersten Weltkrieg in Ost-, Mittel- und Südosteuropa wieder hergerichtet oder neu angelegt. Bis Februar 2015 hat er 827 751 Kriegstote auf 82 Kriegsgräberstätten endgültig bestattet.

Zur langfristigen Sicherung seiner Arbeit hat der Volksbund 2001 die Stiftung „Gedenken und Frieden“ gegründet.

Mit der Anlage und Erhaltung der Friedhöfe bewahrt der Volksbund das Gedenken an die Kriegstoten. Die riesigen Gräberfelder erinnern die Lebenden an die Vergangenheit und konfrontieren sie mit den Folgen von Krieg und Gewalt.

Zu diesem Zweck vermittelt der Volksbund unter anderem Fahrten zu den Kriegsgräbern, veranstaltet nationale und internationale Workcamps zur Pflege von Kriegsgräberstätten und informiert in Schulen und Schulfreizeiten. Das Leitwort lautet „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“. Außerdem hat er in der Nähe von vier Friedhöfen Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten errichtet, wo Schul- und Jugendgruppen ideale Rahmenbedingungen für friedenspädagogische Projekte vorfinden.

Bundeswehrsoldaten und Reservisten unterstützen den Volksbund durch Arbeitseinsätze auf in- und ausländischen Kriegsgräberstätten, bei der Organisation der Workcamps, bei Gedenkveranstaltungen sowie der Haus- und Straßensammlung.

Der Volkstrauertag, der jedes Jahr im November vom Volksbund bundesweit ausgerichtet und unter großer Anteilnahme der wichtigen politischen und gesellschaftlichen Institutionen und der Bevölkerung begangen wird, ist ein Tag des Gedenkens und der Mahnung zum Frieden.

Bundespräsident Joachim Gauck ist der Schirmherr des Volksbundes.



Foto: Volksbund-Archiv

Impressum

Herausgegeben vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.,
Hauptstadtbüro, Lützowufer 1, 10785 Berlin
Ansprechpartner: Thomas Rey M.A.,
Telefon: +49 (0)30-230936-47, Fax: +49 (0)30-230936-99,
www.riga-komitee.de, Email: info@riga-komitee.de

Bitte unterstützen auch Sie die Arbeit des Deutschen Riga-Komitees:

Commerzbank Kassel
IBAN: DE23 5204 0021 0322 2999 00
BIC: COBADEFFXXX
Verwendungszweck:
Spende Riga-Komitee/Kollektions-Nummer 145



Verantwortlich: Daniela Schily, Generalsekretärin

Redaktion: Thomas Rey M.A.

Gestaltung: Sara Smith, Andrea Fritzsche

Fotos: Volksbund-Archiv, Uwe Zucchi,
Sergejs Rizs, Axel Vogel, Claudia Haß-
kamp, Stadtarchiv Coesfeld, Bundesbild-
stelle Berlin, Bundesarchiv und Museum
„Juden in Lettland“

Druck: Schreckhase, 3/10/2015

Gefördert durch:



Lützowufer 1, 10785 Berlin
www.GedenkenundFrieden.de
info@GedenkenundFrieden.de
Tel. 0800 - 7777 - 001
Fax 0561 - 7009 - 221

**Den Opfern zum Gedenken –
uns und den kommenden
Generationen zur Erinnerung**



Foto: Uwe Zuchi

Seitenansicht des Namensschreins